

Nein zum Krieg! Nein zum Islamischen Regime im Iran!

Das Memorandum of Understanding (Absichtserklärung) hat lediglich zu einer vorübergehenden Unterbrechung der Kämpfe geführt. Heute steht selbst diese fragile Pause auf der Kippe. Erneut ist von einer Wiederaufnahme des Krieges oder von neuen Verhandlungen die Rede. Solange die politischen Maßnahmen, die zu diesem Konflikt geführt haben, unverändert bleiben, wird die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Israel auf der einen sowie der Islamischen Republik auf der anderen Seite fortbestehen.

Während der zwölf Tage andauernden Angriffe auf den Iran wurden weitere Zivilisten und Wehrpflichtige getötet. Tausende verloren ihre Wohnungen und Häuser. Die Preise für

► 2

Krieg und die Verschärfung der Repression im Iran

Nach dem Ende des zwölfwöchigen Krieges mit Israel setzte das islamische Regime im Iran rasch zwei miteinander verbundene Maßnahmen um. Erstens verabschiedete und verkündete es im Oktober 2025 das Gesetz zur Verschärfung der Bestrafung für Spionage und Zusammenarbeit mit dem zionistischen Regime sowie mit feindlichen Staaten gegen die nationale Sicherheit und die nationalen Interessen. Anschließend erließ das Geheimdienstministerium eine entsprechende Richtlinie. Am 13. Juli 2026 wurde diese Richtlinie zusammen mit einer offiziellen Liste mit dem Titel „Beispiele für feindliche Netzwerke, individuelle Medienakteure und virtuelle Plattformen gegen das Regime“

► 5



In dieser Ausgabe:

- ◆ Nein zum Krieg! Nein zum Islamischen Regime im Iran!
- ◆ Krieg und die Verschärfung der Repression im Iran
- ◆ Ausgewählte Nachrichten aus der Arbeiterbewegung...

Nein zum Krieg!...

Grundnahrungsmittel und lebenswichtige Güter stiegen drastisch. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die Armut verschärfte sich. Die Gesellschaft geriet näher an den Zusammenbruch.

Stromausfälle häuften sich. Die Wasserknappheit verschlimmerte sich weiter. All dies ist der Islamischen Republik gleichgültig.

Mehr als achtzig Millionen Menschen im Iran leben unter unerträglichen Bedingungen. Dieser reaktionäre Krieg hat ihr Leben noch schwerer gemacht. Dennoch schlägt die Islamische Republik weiterhin die Kriegstrommel. Die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten tragen ausschließlich die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Armen. Diejenigen, die während des zwölfjährigen Krieges ihr Zuhause verloren haben, sind weiterhin vertrieben. Das Regime bietet ihnen weder Schutz noch Unterstützung.

Für die Islamische Republik haben das Leben und das Wohlergehen der Bevölkerung keinen Wert. Ihre Priorität ist das politische Überleben und die militärische Stärke. Das Ergebnis sind Krieg, Zerstörung, Armut und Repression. Die herrschende Klasse führt den Krieg. Die arbeitende Klasse bezahlt den Preis.

Wie wir bereits in früheren Artikeln in Kar erläutert haben, war dieser Krieg kein Zufall. Er ist das Ergebnis und die Fortsetzung der Politik, die von allen beteiligten Staaten verfolgt wurde.

Es ist entscheidend, diesen Punkt hervorzuheben. Wer die Politik ignoriert, die ►

zum Krieg geführt hat, ignoriert auch die Klasseninteressen, die hinter dieser Politik stehen. Jeder Staat handelt im Interesse seiner herrschenden Klasse. Wer dies nicht versteht, kann bei der politischen Bewertung des Krieges schwerwiegende strategische Fehler begehen. Die Geschichte liefert hierfür zahlreiche Beispiele.

In der Geschichte wurde die Verteidigung des „Vaterlandes“ immer wieder als Vorwand für Kriege benutzt. Sie diente dazu, die tatsächlichen Ursachen militärischer Konflikte zu verschleiern und die arbeitende Bevölkerung hinter die Interessen der herrschenden Klasse zu stellen. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist ein weiteres Beispiel. Er ist ein imperialistischer Krieg um Einflussphären. Er wird nicht im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter beider Länder geführt.

Dies ist eine der zentralen Lehren der Geschichte. Wie der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz berühmterweise schrieb: **„Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“** Die unterdrückten Menschen im Iran kennen die Wahrheit dieser Aussage aus ihrer eigenen Lebenserfahrung.

Das islamische Regime im Iran ist eine der Kriegsparteien. Wie die anderen beteiligten Staaten hat sie unmittelbar dazu beigetragen, die Bedingungen für diesen Konflikt zu schaffen und ihn zu verlängern. Doch wie viele Herrscherklassen vor ihr versteckt sich ► 3

Nein zum Krieg!...

das Regime hinter Parolen wie „Verteidigung des Vaterlandes“ und „amerikanisch-zionistische Aggression gegen unser Land“. Mit diesen Parolen versucht es, seine eigene Verantwortung für den Krieg zu verschleiern.

Aus diesem Grund legen revolutionäre und kommunistische Kräfte den wahren Charakter dieses Krieges und seine verheerenden Auswirkungen auf das Leben der Massen offen. Millionen Menschen erleben seine zerstörerischen Folgen heute tagtäglich. Kommunistinnen und Kommunisten lehnen den Krieg ab und machen zugleich seine tatsächlichen Ursachen sowie seinen Klassencharakter sichtbar. Sie betrachten den Kampf gegen den Krieg und den Kampf gegen das Regime untrennbar miteinander verbunden. Sie weigern sich, in die Falle des Nationalismus zu tappen.

Neben der kommunistischen Position ist es ebenso notwendig, die beiden Lager zu entlarven, die den Krieg unterstützen. Beide hüllen sich in die Fahne des Nationalismus. Beide versuchen, die Bevölkerung hinter den Interessen einer herrschenden Klasse zu mobilisieren. Trotz ihrer Unterschiede stehen beide auf der Seite von Militarismus und Krieg.

Ein Lager unterstützte offen den Militärangriff der reaktionären Regierungen der Vereinigten

Staaten und Israels auf den Iran. Reza Pahlavi, die führende Figur dieser Strömung, bezeichnete den Militärangriff auf den Iran und den Beginn des 40-tägigen reaktionären Krieges als eine „humanitäre Intervention“. Zynisch wies er zudem die zivilen Opfer, darunter die in Minab getöteten Kinder, mit den Worten zurück: „Das ist Krieg, und jeder Krieg hat Kollateralschaden.“ In einem Interview mit der BBC bezeichnete er den Krieg außerdem als „eine goldene Gelegenheit, die Islamische Republik zu stürzen“.

Gleichzeitig verfolgten der US-Imperialismus und das rassistische israelische Regime ihre eigenen aggressiven, expansionistischen und hegemonialen Ziele. Ihre Intervention hatte nichts mit Freiheit, Demokratie oder den Interessen des iranischen Volkes zu tun.

Eine Zeit lang gelang es dieser Strömung durch eine intensive Medienkampagne, einen Teil der Protestbewegung im Iran zu beeinflussen. Der Krieg legte jedoch ihren wahren Charakter offen. Viele Menschen erkannten, dass diese Strömung nicht die Interessen der unterdrückten Menschen im Iran vertritt. Heute hegen deutlich weniger Menschen Illusionen über ihre politische Rolle oder ihre Feindseligkeit gegenüber jenen Menschen, deren Befreiung sie angeblich unterstützen will.

Das zweite Lager besteht aus jenen, die allgemein als Unterstützer der „Achse

► 4

Es lebe die Klassenautonomie der Arbeiterklasse!

Nein zum Krieg!...

des Widerstands“ bezeichnet werden können. Dieses Lager ist in zwei Strömungen geteilt. Beide berufen sich auf eine „imperialistische zionistische Aggression“, um die Verteidigung des „Vaterlandes“ zu rechtfertigen. Eine Strömung verteidigt offen die Islamische Republik. Die andere behauptet, gegen das Regime zu sein. Doch obwohl sie den Krieg scheinbar ablehnt, ersetzt sie die Parole „Nein zum Krieg“ durch „Nein zur Aggression“, indem sie ausschließlich den Schwerpunkt auf imperialistische und zionistische Aggression legt.

Diese Verschiebung ist politisch bedeutsam. Die Ersetzung von „Nein zum Krieg“ durch „Nein zur Aggression“ löscht die Rolle der Islamischen Republik aus. Sie ignoriert die Politik, die während der gesamten Existenz des Regimes Elend über die Menschen und Zerstörung über das Land gebracht hat. Ebenso ignoriert sie die direkte Verantwortung des Regimes als eine der Parteien, die die Bedingungen für diesen Krieg geschaffen haben.

Unabhängig davon, ob dies beabsichtigt ist oder nicht: Wer diese Position vertritt, steht im Lager des Krieges und der Islamischen Republik. Diese Menschen gehören häufig derselben politischen Strömung an, die nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober die Hamas als revolutionäre Kraft darstellte. Sie setzten dies auch während des endlosen Angriffs der zionistischen israelischen Armee auf das unterdrückte palästinensische Volk fort,

insbesondere im Gazastreifen. Erneut verschlossen sie die Augen vor einem Teil der Realität und vor einem der Faktoren, die zur Katastrophe in Gaza beigetragen haben – nämlich der Rolle der Islamischen Republik.

Für die Arbeiter und unterdrückten Menschen im Iran gibt es nur einen Weg. Für die ca. 85 Millionen Menschen, die durch die Politik der Regierung einschließlich der Last des Krieges zermalmt werden, gibt es nur einen Weg. Dieser Weg ist der Kampf gegen den Krieg und der Kampf für den Sturz des Regimes im Iran.

Dies ist nicht der Krieg des iranischen Volkes. Er muss beendet werden. Es ist ein Krieg, der von reaktionären Staaten geführt wird, um ihre eigenen Klasseninteressen sowie ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen. Sie haben diesen Krieg begonnen. Das Volk, insbesondere die unterdrückten Menschen im Iran, trägt die verheerenden Folgen.

Die Antwort besteht nicht darin, sich hinter eine herrschende Klasse gegen eine andere zu stellen. Die Antwort besteht darin, Widerstand von unten aufzubauen. Arbeiter und Unterdrückte müssen jede Form von Kriegshetze zurückweisen und gemeinsam ihre Stimme erheben:

Zusammenfassung des Leitartikels in Kar, Ausgabe Nr. 1179, 26. Juli 2026

Krieg und die Verschärfung der...

veröffentlicht.

Offiziell werden diese beiden Maßnahmen als Instrumente zur Bekämpfung von Spionage und zum Schutz der nationalen Sicherheit dargestellt. Doch sowohl der Zeitpunkt als auch der Inhalt werfen eine grundlegende Frage auf: Warum hielt es die Islamische Republik gerade zu diesem Zeitpunkt für notwendig, ein solches Gesetz zu verabschieden und eine solche Liste zu veröffentlichen?

Die Kriminalisierung politischer Gegner durch Vorwürfe im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit sowie die Einstufung unabhängiger Medien und Informationskanäle außerhalb staatlicher Kontrolle als Bedrohungen der nationalen Sicherheit sind keine neue Politik. Seit mehr als vier Jahrzehnten verfolgt das islamische Regime im Iran Journalisten, politische, soziale und gewerkschaftliche Aktivisten sowie Personen mit Verbindungen zu ausländischen Medien unter Anschuldigungen wie „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ oder „Propaganda gegen das System“. Neu ist heute nicht diese Politik an sich, sondern der Versuch des Regimes, diese Praktiken durch Gesetzgebung und formelle staatliche Mechanismen zu institutionalisieren und weiter

auszudehnen.

Der zwölfwöchige Krieg verstärkte aus Sicht des Regimes die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zusätzlich. Während des Krieges verhinderte die Regierung nicht nur eine regelmäßige und zuverlässige Berichterstattung, sondern versuchte auch, den Informationsfluss durch Internetsperren, starke Einschränkungen des Internetzugangs und weitreichende Störungen der Kommunikation zu unterbrechen – eine Methode, die sie bereits während früherer landesweiter Proteste eingesetzt hatte. Die Erfahrungen sowohl der Protestbewegungen als auch des anschließenden Krieges zeigten jedoch, dass technische Einschränkungen der Kommunikation die Verbreitung unabhängiger Nachrichten, Bilder und Berichte zwar vorübergehend verlangsamen können, sie aber nicht dauerhaft verhindern. Solche Maßnahmen sind ihrem Wesen nach nur zeitlich begrenzt. Sobald die Kommunikationswege wiederhergestellt sind, setzt der Informationsfluss erneut ein.

Aus diesem Grund versucht das Regime, seine technischen Kontrollmöglichkeiten durch rechtliche und juristische Instrumente zu verstärken. Dadurch sollen das Weitergeben von Informationen, die Zusammenarbeit mit Medien oder der Kontakt zu Netzwerken

► 6

Die islamische Republik muss mit einem politischen Generalstreik und einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden!

Krieg und die Verschärfung der...

außerhalb seiner Kontrolle auch nach Aufhebung der Kommunikationsbeschränkungen weiterhin mit erheblichen rechtlichen Risiken und Konsequenzen verbunden bleiben.

Die Veröffentlichung der als „Feinde des Regimes“ bezeichneten Liste ist daher weit mehr als eine einfache Verwaltungsmaßnahme. Sie ist Teil der umfassenderen Sicherheitsstrategie des islamischen Regimes. Mit dieser Liste benennt das Regime nicht nur bestimmte Medien, Organisationen oder Einzelpersonen. Vielmehr zieht es eine Grenze, jenseits derer jede Form von Kontakt zum Gegenstand von Ermittlungen und Strafverfolgung durch Sicherheits- und Justizorgane werden kann.

Die Liste dient daher weniger der Information als der Abschreckung. Ihr Zweck besteht darin, die politischen und rechtlichen Kosten jeder Zusammenarbeit mit Organisationen und Personen zu erhöhen, die das Regime außerhalb der Grenzen politischer Legitimität stellt.

Auf den ersten Blick scheint sich die Liste vor allem gegen Medienorganisationen und

Gruppen zu richten, die im Ausland tätig sind. Viele der genannten Personen und Organisationen befinden sich jedoch außerhalb der direkten Reichweite des Regimes. Gerade aus diesem Grund entfaltet die Liste ihre wichtigste Wirkung innerhalb des Iran.

Das Teilen von Nachrichten, Fotografien und Informationen, das Führen von Interviews mit den Medien oder die Aufrechterhaltung jeglicher beruflichen oder politischen Beziehungen zu den aufgeführten Organisationen können als Grundlage für Sicherheitsuntersuchungen und strafrechtliche Verfolgung dienen. Das primäre Ziel besteht daher nicht in der direkten Unterdrückung ausländischer Medien, sondern in der sicherheitspolitischen Einstufung und Kriminalisierung von Informations- und Kommunikationsnetzwerken innerhalb Irans.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Liste besteht darin, dass sie politisch und gesellschaftlich unterschiedliche Strömungen und Aktivitäten unter dem Begriff „Feinde des Regimes“ zusammenfasst. Neben Medienorganisationen, die verschiedene politische Richtungen vertreten, umfasst sie Menschenrechtsorganisationen, unabhängige Berufsverbände, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Personen mit sehr unterschiedlichen



Nein zum Krieg! Nein zum Islamischen Regime im Iran!

Krieg und die Verschärfung der...

politischen Positionen und Zielen. Diese Heterogenität ist keineswegs zufällig. Indem die Unterschiede zwischen politischen, journalistischen, menschenrechtlichen und beruflichen Aktivitäten aufgehoben werden, ordnet das Regime sie alle einer einzigen Sicherheitskategorie zu. Entscheidend für diese Einstufung ist nicht die Art der Tätigkeit selbst, sondern ausschließlich der Einschätzung des Sicherheitsapparats hinsichtlich ihrer Beziehung zum Regime.

Die zentrale Funktion des neuen Gesetzes liegt daher nicht allein in der Verschärfung von Strafen, sondern vor allem in der Ausweitung des Spektrums von Aktivitäten, die als sicherheitsrelevante Straftaten verfolgt werden können. Bereits vor seinem Inkrafttreten setzte das Islamische Regime Journalistinnen und Journalisten, Arbeiteraktivisten, Lehrkräfte, Studierende, Frauenrechtsaktivistinnen, Angehörige politischer Gefangener und andere Gegner des Regimes Repressionen aus, weil sie Informationen veröffentlichten, mit Medien sprachen oder über Proteste berichteten. Neu ist, dass das Gesetz nun ausdrücklich viele dieser Aktivitäten unter Straftatbestände wie „Zusammenarbeit mit dem Feind“, „Spionage“ oder „Gefährdung der nationalen Sicherheit“

stellt und damit den Bereich strafbarer Handlungen erheblich erweitert.

Das Gesetz zur Verschärfung der Strafen für Spionage sowie die Veröffentlichung der Liste der „Feinde des Regimes“ können nicht getrennt von den politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen verstanden werden, die auf den zwölfjährigen Krieg folgten. Obwohl der Krieg mit einem Waffenstillstand endete, bestehen die Konfrontation des Islamischen Regimes mit Israel und den Vereinigten Staaten, die anhaltenden militärischen Spannungen fort. Gleichzeitig bleibt der Wirtschaftskrise, die sinkende Kaufkraft, die weit verbreitete Unsicherheit über die Zukunft, das öffentliche Misstrauen gegenüber dem Staat und die tiefe Kluft zwischen dem Regime und großen Teilen der Gesellschaft ungelöst. Die Folgen des Krieges haben diese Entwicklungen zusätzlich verstärkt. Vor diesem Hintergrund dienen das neue Gesetz und die dazugehörige Liste dazu, die Sicherheitslogik der Kriegszeit in die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegsphase zu übertragen; nicht nur, um bestehende Opposition zu unterdrücken, sondern auch, um bereits in den frühesten Stadien der Entstehung von Kommunikations- und Protestnetzwerken einzugreifen.

Die Folgen dieser Politik gehen weit über eine strengere Kontrolle des Informationsflusses



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Ausgewählte Arbeiter*innen-Nachrichten

Einzelfälle sind, sondern Ausdruck der sich verschärfenden sozialen Krise, mit der die Arbeiterklasse im Iran konfrontiert ist.

Donnerstag, 23. Juli 2026

Protest entlassener Petrochemiearbeiter

52 entlassene Beschäftigte der „Takht-e Jamshid Petrochemical Company“ in der Stadt Mahshahr protestierten gegen ihre Entlassung und forderten ihre sofortige Wiedereinstellung.

Mahshahr ist eines der wichtigsten Zentren der iranischen Petrochemieindustrie und zugleich einer der härtesten Industriestandorte des Landes. Während der langen Sommermonate steigen die Temperaturen auf bis zu 60 °C, begleitet von einer extrem hohen Luftfeuchtigkeit, die selbst das Atmen erschwert. Unter diesen Bedingungen verrichten die Beschäftigten körperlich äußerst anstrengende Arbeit in Zwölf-Stunden-Schichten. Extreme Hitze, ständige Dehydrierung und unablässige körperliche Belastung prägen seit Jahren ihren Arbeitsalltag.

Freitag, 24. Juli 2026

Krieg und die Verschärfung der...

hinaus. Proteste von Arbeiterinnen und Arbeitern, Lehrkräften, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden sowie anderen sozialen Bewegungen können ihre lokalen Grenzen nur dann überwinden, wenn ihre Nachrichten, Bilder und Forderungen eine größere Verbreitung finden und Verbindungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen herstellen. Indem das Regime solche Kommunikationskanäle kriminalisiert und die damit verbundenen Risiken erhöht, versucht es, Proteste fragmentiert und isoliert zu halten, die Weitergabe von Erfahrungen aus sozialen Kämpfen zu erschweren und diese Bewegungen mit geringeren politischen Kosten zu unterdrücken. Es geht daher nicht lediglich um die Kontrolle einzelner Nachrichtenberichte oder Medienorganisationen, sondern um die Kontrolle der Verbreitung von Informationen selbst als einer der wesentlichen Voraussetzungen für Solidarität, Organisation und die Ausweitung sozialer Protestbewegungen.

Zusammenfassung des in der Zeitschrift Kar, Nr. 1178, vom 19. Juli 2026 veröffentlichten Artikels

Ausgewählte Arbeiter*innen-Nachrichten

-e Esfahan), wurden gleichzeitig entlassen. Nach Angaben der Betroffenen erfolgten die Massenentlassungen ohne jede nachvollziehbare Begründung und sind Teil der sich verschärfenden Angriffe auf die Arbeitsplatzsicherheit von Vertrags- und Leiharbeitskräften in der gesamten iranischen Schwerindustrie.

Die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter fordern ihre sofortige Wiedereinstellung sowie ein Ende der Entlassungswelle und der Auslagerung von Beschäftigung an Subunternehmen. Die jüngsten Entlassungen verdeutlichen erneut die extreme Unsicherheit, unter der Hunderttausende von Vertrags- und Leiharbeitskräften im Iran leben und arbeiten müssen.

Freitag, 24. Juli 2026

Brutaler Angriff der Repressionskräfte des Regimes auf arbeitslose Jugendliche

Die Sicherheitskräfte des islamischen Regimes im Iran griffen eine friedliche Protestaktion arbeitsloser junger Menschen aus der Region „Khodairat“ im südlichen Iran gewaltsam an. Augenzeugenberichten zufolge wurden die Demonstrierenden schwer misshandelt und mehrere Personen festgenommen. Die

Protestierenden forderten Arbeitsplätze und protestierten gegen die systematische Benachteiligung der örtlichen Bevölkerung beim Zugang zu Beschäftigung.

Freitag, 24. Juli 2026

Ausstehende Löhne und anhaltende Unsicherheit für Hunderte von Beschäftigten

Rund 350 Beschäftigte der „Sarjin Baft“-Textilfabrik in der Stadt Zanjan haben seit Beginn des laufenden iranischen Jahres weder ihre Löhne erhalten noch wurden ihre Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Gleichzeitig befinden sich etwa 300 Beschäftigte des „Azna Steel Plant“ in der Provinz „Lorestan“ weiterhin in einer ungewissen Lage, obwohl die Fabrik bereits vor acht Jahren stillgelegt wurde.

Laut den Berichten wurden im Jahr 1404 (2025/26) landesweit in mindestens 188 Industrie- und Dienstleistungsbetrieben insgesamt 672 Monatslöhne verspätet ausgezahlt oder vollständig einbehalten. Darüber hinaus dokumentiert der Bericht 2.457 Entlassungen, 658 Fälle von Arbeitslosigkeit, 560 Monate nicht abgeführter Sozialversicherungsbeiträge sowie die Schließung von neun Fabriken.

Diese Zahlen zeigen, dass ausstehende Lohnzahlungen, Massenentlassungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse keine

► 8

Arbeit – Brot – Freiheit – Räteregierung

Ausgewählte Nachrichten aus der Arbeiterbewegung im Iran Juli 2026

Protest gegen Massenentlassungen

Mehr als 100 langjährig beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter der Kantinen- und Küchenabteilung der „Jam Petrochemical Company“ protestierten gegen ihre kollektive Entlassung. Sie protestieren gegen die Kündigungen als eklatante Missachtung ihrer langjährigen Erfahrung und ihres engagierten Einsatzes.

Trotz der Fortsetzung von Produktion und Dienstleistungen wurden sämtliche erfahrenen Beschäftigten ohne nachvollziehbare Begründung entlassen und durch neue Arbeitskräfte ersetzt. Die Entlassenen sehen darin ein weiteres Beispiel für das prekäre Arbeitsregime sowie den systematischen Austausch von Vertrags- und Leiharbeitskräften, der die iranische Öl- und Petrochemieindustrie prägt.

Mit ihrem Protest fordern die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre sofortige Wiedereinstellung sowie ein Ende der Praxis, erfahrene Beschäftigte durch billigere und leichter ausbeutbare Arbeitskräfte ohne grundlegende Arbeitsplatzsicherheit zu ersetzen.

Samstag, 25. Juli 2026

Massenentlassungen bei Isfahan Steel

Rund 100 Beschäftigte der Tosan Company, eines Subunternehmens der Isfahan Steel Company (Zob Ahan) ► 9



Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist eine kommunistische Organisation, die für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft kämpft.

Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) kämpft für eine klassenlose Gesellschaft, in der jegliche Form der Ausbeutung, Unterdrückung, Benachteiligung und soziale Ungleichheit beseitigt sind, und wo alle freien und gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft im Wohlstand und Glück leben und ihre Fähigkeiten entwickeln.

Das unmittelbare Ziel der Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist der Sturz der islamischen Republik Iran und die Errichtung der Sowjetrepublik der Arbeiter und Werktätigen, die der Ausdruck der konsequentesten und vollständigsten Form der Demokratie ist. Sie wird die weitestgehenden politischen Freiheiten gewährleisten und in dem sie die demokratischen und das Gemeinwohl betreffende soziale Maßnahmen verwirklicht, die sozialistischen Umwälzungen beginnt.

Es lebe der Sozialismus

Kontakt

Organisation der Fedaian (Aghaliyat)

info@fadaian-minority.org

<https://fadaian-minority.org/index.php/deutsch/>